

Liebe Berliner Grüne,

wer von uns hätte vor einiger Zeit ernsthaft geglaubt, dass wir Errungenschaften wie die offene, vielfältige Gesellschaft, den Feminismus oder das vereinte Europa verteidigen müssen? Das Land war doch so viel fortschrittlicher, toleranter und ökologischer geworden. Grüner. Und in Europa würde das schon auch noch so werden. Stattdessen beginnt das Bundestagswahljahr nach Brexit, Trump und IS-Terror, der nun auch die Hauptstadt Berlin erreicht hat. Wir erleben öffentliche Debatten, die zunehmend über die sozialen Medien laufen, mitsamt rascher Skandalisierung, permanenter Empörungsbereitschaft, Diffamierung. AfD-Politiker Höcke verkündet offen sein faschistisches Programm. Angesichts dieser Entwicklungen weiß ich mehr denn je, weshalb ich Grüne bin. Und warum es auf uns ankommt. In diesem Bundestagswahlkampf können wir nur mit klarer Haltung gewinnen. Dabei geht es um mehr als ein gutes Wahlergebnis für unsere Partei. Es geht darum, die Grundlagen unseres Zusammenlebens zu sichern. Das schaffen wir nur gemeinsam. Seit 2013 bin ich Mitglied des Bundesvorstands und arbeite dort an Themen, die in den kommenden Jahren bundespolitisch zentral wichtig sein werden: Integration, eine neue Sozialpolitik, der Umgang mit dem Islam. Ich habe mich entschlossen, auf dem Berliner Listenplatz 1 für die Bundestagswahl zu kandidieren.

Eine klare Haltung bedeutet für mich, auf aktuelle Veränderungen unvoreingenommen einzugehen, Lösungen anzubieten, aber auch unsere Antworten immer wieder zu überprüfen und zugleich offen zu sagen, wofür auch wir noch keine Lösungen haben. Und es ist zu einfach, reale Probleme als bloße Gefühle abzutun. Es gibt genug Menschen, die sich nicht abgehängt „fühlen“, sondern es tatsächlich sind. Viele Menschen glauben nicht mehr, dass der Staat handeln kann. Dass Politik es vermag, für das Gemeinwohl zu sorgen. Ich sehe es als zentrale Aufgabe im Bund in der nächsten Legislatur an, das Vertrauen in staatliches Handeln neu zu stärken.

Die globalisierte Wirtschaft und die Digitalisierung haben die Arbeitswelt immens verändert: Mehrere Jobwechsel, Phasen ohne feste Stelle oder in Teilzeit sind die Regel; die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse steigt. Ich bin fest überzeugt, dass die meisten Menschen bereit sind für Veränderungen; sie wissen, dass die Welt sich längst geändert hat. Ihr gutes Recht ist es jedoch, die Sicherheit zu haben, dass niemand allein gelassen wird, wenn es schwierig wird. Dafür müssen wir neue Sicherheiten schaffen: eine solidarische Arbeitsversicherung, eine Bürgerversicherung, in die wirklich alle einzahlen – für Gesundheit und Pflege und perspektivisch auch für die Rente. Und wir werden sicherstellen, dass Lebensphasen, in denen Kinder, Angehörige oder Weiterbildung Zeit brauchen, unterstützt werden.

Mir ist außerdem eine klare Haltung in der Sicherheitspolitik wichtig: ohne ideologische Scheuklappen, aber mit festen Kriterien. So wie es uns bei der Videoüberwachung gelungen ist, und zwar sowohl in der rot-rot-grünen Berliner Koalition als auch in unserer Positionierung auf Bundesebene: Videoüberwachung anlassbezogen oder an neuralgischen Punkten wie beispielsweise U-Bahnhöfen in der Nacht: ja. Anlasslose und flächendeckende Massenüberwachung: nein. Für öffentliche Sicherheit setzen wir vor allem auf eine gut ausgestattete, gut

ausgebildete und rechtsstaatlich agierende Polizei. Hier müssen wir klar bleiben. Denn zu einem grünen Sicherheitsversprechen muss gehören, dass alle sich auf den Rechtsstaat verlassen können, dass niemand Angst vor Polizeiwilkkür oder einer korrupten Justiz haben muss. Sicherheit muss der Freiheit dienen.

Mir geht es darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ich bin überzeugt, dass wir den Kampf gegen Rechts nur in der Mitte der Gesellschaft gewinnen, hier ist der Ort der Auseinandersetzung. Nicht weil wir Positionen verrücken, sondern weil wir die Mehrheit gewinnen wollen für das, was uns wichtig ist: eine offene, plurale Gesellschaft, in der alle leben und lieben können, wie sie wollen, in der die Schutz bekommen, die ihn brauchen, und in der Menschen aller Religionen mit Menschen ohne Religion friedlich zusammenleben. Zum gemeinsamen Ziel wird das aber nur, wenn alle Menschen sicher sein können, dass es fair zugeht, dass ihre Bedürfnisse gesehen werden und es auch um ihre Chancen geht. Deshalb brauchen wir eine Integrationspolitik, die systematisch diejenigen in den Blick nimmt, die Zugänge brauchen: ob zu uns geflüchtet oder hier geboren, jung oder alt, mit Lehre oder akademischer Ausbildung.

Integration ist für mich aber mehr als ein Politikfeld, es ist auch eine Grundhaltung: Als Eure Landesvorsitzende ist es mir immer darum gegangen, mit einer klaren Wertorientierung Brücken zu bauen zwischen unterschiedlichen Positionen. Anders lässt sich weder eine Partei noch die Gesellschaft zusammenhalten. Jetzt regieren wir in Berlin und können mit unseren Ressorts, unseren Regierungsmitgliedern und auf der Grundlage eines guten Koalitionsvertrags die Zukunft dieser Stadt gestalten. Ich bin dankbar für das, was wir erreicht haben und auch stolz. Ich will jetzt, auf dem Weg zur Bundestagswahl am 24. September und darüber hinaus, Menschen begeistern und überzeugen, dass es auf sie und auf ihre Stimme ankommt. Deshalb werde ich für Platz 1 unserer Liste für die Bundestagswahl antreten und bitte Euch um Eure Unterstützung.

Herzlich

